

Ressort: Politik

## CDU-Innenpolitiker wollen "deutsches FBI"

Berlin, 09.04.2017, 04:00 Uhr

**GDN** - Die CDU-Innenexperten Clemens Binninger und Armin Schuster fordern als Konsequenz aus dem Versagen im Terrorismusfall Anis Amri die Einrichtung eines "deutschen FBI". Am sinnvollsten sei es, die Verfassung zu ändern und deutlich zu machen, "dass Strafverfolgung und Gefahrenabwehr bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus eine Bundesaufgabe ist", schreiben die Bundesabgeordneten in einem Gastbeitrag für die "Welt am Sonntag".

Ein solcher Schritt werde dazu führen, dass Kritiker "sofort aufschreien" und fragen würden: "Ist das nicht ein deutsches FBI?", so Binninger und Schuster. Ihre Gegenfrage lautet: "Was wäre daran so schlimm?" Nach den Vorstellungen der beiden aus Baden-Württemberg stammenden Parlamentarier sollten die Staatsschutzbereiche der Landeskriminalämter, die mit Terrorismusbekämpfung befasst sind, in das Bundeskriminalamt (BKA) eingegliedert werden. Diesen Vorstellungen zufolge sollten die entsprechenden polizeilichen Bereiche aber an ihren bisherigen Standorten verbleiben, um ihre Orts-, Sach- und Personenkenntnis weiterhin nutzen zu können. Ein solches Vorgehen "würde wohl die meisten Synergieeffekte mit sich bringen", sind die Christdemokraten überzeugt. Ebenso verfahren wollen Binninger und Schuster beim Verfassungsschutz. Auch hier sollten die Länder Kompetenz und Verantwortung an den Bund abgeben, um bei den islamistischen Terror wirkungsvoller bekämpfen zu können. Zur Begründung heißt es: "Die Bedrohung ist heute eine dramatisch andere, als noch vor wenigen Jahren." Die derzeitige Lage sei auch nicht vergleichbar mit den Zeiten, als die Rote Armee Fraktion (RAF) noch ihre Anschläge verübt hätte: "Heute sprechen wir von rund 600 Gefährdern und aktuell mehr als 760 laufenden Ermittlungsverfahren. Der Personenkreis wird beständig größer und ist schwerer einzugrenzen", heißt es in dem Beitrag für die Zeitung.

### Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-87770/cdu-innenpolitiker-wollen-deutsches-fbi.html>

### Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

### Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

### Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.  
3651 Lindell Road, Suite D168  
Las Vegas, NV 89103, USA  
(702) 943.0321 Local  
(702) 943.0233 Facsimile  
[info@unitedpressassociation.org](mailto:info@unitedpressassociation.org)  
[info@gna24.com](mailto:info@gna24.com)  
[www.gna24.com](http://www.gna24.com)